

## Die DG und die Wirtschaftskrise

Vor einigen Wochen hat Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz betont, dass er nicht zulassen würde, dass das Parlament der DG am aktuellen Standort verbleibt und er fordert nach wie vor dessen Umzug in das alte Sanatorium.

Objektiv lässt sich dieser Umzug nicht rechtfertigen, denn das Parlament platzt keineswegs aus allen Nähten! Weshalb fordert dann MP Lambertz die Verwirklichung eines Projektes, welches die DG in Zukunft mit voraussichtlich 20 Millionen Euro Baukosten und weiteren 20 Millionen an Kreditkosten belasten würde?

Die Erklärung für seine Haltung liegt wohl, gemäß seinen eigenen Aussagen, in der allgemeinen politischen Auffassung, wonach der Staat, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, Kredite aufnehmen müsse um die Konjunktur anzukurbeln. Wie kurzsichtig diese Strategie jedoch ist, lässt sich sehr einfach zusammenfassen: Die Regierungen in Belgien und in allen Industriestaaten nehmen Milliardenkredite bei den Privatvermögenden auf, und sie bringen dann dieses Geld mittels öffentlichen Aufträgen in den Wirtschaftskreislauf ein: Aus der Realwirtschaft werden die geliehenen Milliardenbeträge dann aber wieder umgehend von eben diesen privaten Geldbesitzern zu einem großen Teil dem Wirtschaftskreislauf entzogen. Das geschieht durch Deponieren auf Sparkonten, durch Investitionen im Ausland oder durch reine Geldgeschäfte auf dem Aktien- und Finanzmarkt.

Bereits jetzt muss der belgische Staat einen sehr großen Anteil der Steuereinnahmen dazu verwenden, um die ständig ansteigende Summe der Schuldzinsen an private Geldbesitzer zu bezahlen. Auch die Bevölkerung zahlt in allen Preisen für Produkte und Dienstleistungen einen immer größeren Anteil an Schuldzinsen.

Mit der Strategie des Ministerpräsidenten der DG und aller anderen Regierungsmitglieder in Belgien wird also die Wirtschaft unseres Landes nicht wirklich gefördert, sondern der belgische Staat und viele Unternehmen treiben immer schneller auf die Insolvenz zu, während ein immer größerer Anteil der Bevölkerung in der Armut landet.

VIVANT- Ostbelgien weist bereits seit 4 Jahren auf die sehr einfache Lösung hin: Die föderale Regierung bräuchte dazu nur die belgischen Staatsbons, parallel zum Euro, als legales Zahlungsmittel in Belgien zu benutzen! Niemand könnte das verwehren!

Und Karl-Heinz Lambertz? Als der zuständige Minister in der DG müsste er diese Forderung an die interministerielle Konferenz in Brüssel richten und öffentlich auf ihr beharren! Warum stellt sich Herr Lambertz bisher dieser großen Herausforderung nicht?

Joseph Meyer, St.Vith

VIVANT- Ostbelgien